

## Haushaltsrede 2023 Stadtkämmerer G. Ochs

### Besinnung auf das Wesentliche

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Maiwald,  
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,  
sehr geehrte Damen und Herren,

noch nie hatten wir bei einer Haushaltseinbringung so schlechte Vorzeichen wie jetzt: Inflation - vor allem bei Energie und Rohstoffen, unterbrochene Lieferketten, Personalmangel und einen von einem Despoten ausgelösten Krieg in der Ukraine mit damit einhergehenden hohen Flüchtlingszahlen. Die Bundesregierung hat für nächstes Jahr eine Rezession von -0,4 % des BIPs vorhergesagt.

Somit ist es nicht verwunderlich, dass der Haushalt 2023 uns mit schlechten Zahlen und einem noch schlechteren Ausblick im Finanzplanungszeitraum konfrontiert. Die Corona-Pandemie ist noch nicht überwunden. Der Optimismus vom letzten Jahr, nach einer vermeintlichen Überwindung der Corona-Pandemie wieder in „normales Fahrwasser zu kommen“, ist seit dem völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine verfliegen, erst recht, als Gaslieferungen, die für unsere Wirtschaft so wichtig sind, über die bisherigen Pipelinerouten ausbleiben und teure Alternativlieferungen viel von der Wirtschaft und uns allen abverlangen. Das Schreckgespenst eines Gasnotstands steht im Raum und beschäftigt die Wirtschaft, Verbraucherinnen und Verbraucher und die Kommunen. Nicht nur Gasmangel, auch Stromausfälle werden nicht mehr ausgeschlossen. Hierauf müssen wir Kommunen uns einstellen und vorbereiten. Zuvor schon musste sich die Verwaltung wegen stark gestiegener Flüchtlingszuwanderung mit Unterbringungsmöglichkeiten, Betreuung und Beschulung von Kindern und Integrationsanstrengungen ähnlich wie 2015/2016 beschäftigen. Ohne die Unterstützung von vielen engagierten Privatpersonen, Vereinen und Organisationen wäre dies kaum zu stemmen. Hierfür sind wir alle sehr dankbar.

Auf den Haushalt bezogen bedeutet dies, trotz der großen Herausforderungen nicht zu verzagen, sondern weiter im möglichen Rahmen zu investieren und gerade jetzt die Daseinsvorsorge zu stärken. Jetzt zu reduzieren und Despoten in die Hände zu spielen, ist unseres Erachtens das falsche Signal und deshalb sieht der Entwurf des Haushaltsplans 2023 weiterhin hohe Investitionsraten vor. Allerdings müssen wir schon darauf hinwirken - und Hinweise reichen nun nicht mehr, sondern wir müssen auch umsetzen - dass wir, um dieses Programm abzuarbeiten, den Ergebnishaushalt mit einem positiven Ergebnis aufstellen müssen.

Der Jahresabschluss 2022 fällt voraussichtlich besser aus als geplant. Unsere hohe Liquidität ist für die nun sehr großen Herausforderungen und ungewissen Entwicklungen von Vorteil. Sie sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hauptursache hierfür einfach verzögerter Mittelabfluss bei den Hauptinvestitionen ist und angesichts hoher Inflationsraten sollten wir auch die Liquidität nutzbringend einsetzen. Für 2023 können wir nicht alles, was von den Fachbereichen angemeldet wurde, angehen. In den Haushaltsplanentwurf wurden vor allem begonnene und notwendige Themen aufgenommen. Wünschenswerte Dinge sind angesichts der Lage deutlich weniger vertreten.

Die Gewerbesteuer erholt sich zwar, allerdings sind wir nach wie vor relativ schwach bei den wichtigen, da schwankungsresistenteren Erträgen bei den Einkommen- und Umsatzsteueranteilen. Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung wurde letztes Jahr nicht vom Gemeinderat angenommen. Diese Erhöhung hätte den städtischen Haushalt und die Investitionskraft gestärkt.

Obwohl sie nach wie vor notwendig wäre, schlägt die Verwaltung angesichts der Krisensituation für 2023 keine Steuererhöhung vor. Allerdings ist sie im Finanzplanungszeitraum für das Jahr 2024 vorgesehen. Sie bringt jährlich rund 1 Mio. Euro in die Stadtkasse. Sollte sie wieder nicht angenommen werden, sind entsprechende Einsparmaßnahmen oder andere Erträge notwendig.

### **Verhältnis Bund – Land – Kommunen**

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2023 mit einem Volumen von 445,2 Mrd. Euro ist von den aktuellen Krisen geprägt. Schnelle Entlastungen für Wirtschaft und Bevölkerung sind Gebot der Stunde und sind bisher in drei Pakete gepackt. Ebenfalls zusätzliche Mittel für die Verteidigung über 100 Mrd. Euro über ein Sondervermögen, was nichts anderes als ausgelagerte Schulden sind. Die Entlastungspakete liegen derzeit bei 95 Mrd. Euro und umfassen kurzfristige Hilfen, Wohngeld, Bürgergeld, steuerliche Entlastungsmaßnahmen sowie strukturelle Änderungen (z.B. Abschaffung der EEG-Umlage), um die Energiekrise in den Griff zu bekommen. Zusätzlich wurde ein wirtschaftlicher Abwehrschirm von 200 Mrd. Euro gegen die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine mit seinen Folgen wie enorm gestiegene Gas- und Rohstoffpreise beschlossen, ebenfalls außerhalb des Haushalts mit Geld, das fremdfinanziert werden muss. Der Bund bekennt sich im Haushaltsentwurf 2023 zur Einhaltung der Schuldenbremse. Die Netto-Neuverschuldung für 2023 ist mit 17,2 Mrd. Euro im Bundeshaushaltsentwurf veranschlagt.

Der Doppelhaushalt 2023/2024 des Landes Baden-Württemberg hat ein Volumen von 121 Mrd. Euro. Er beinhaltet einen Risikopuffer von 1,46 Mrd. Euro für Inflationsfolgen und unvorhergesehene Steuereinbußen. Neue Kreditaufnahmen sind nicht geplant. Eine Deckungslücke von Corona-Folgen besteht mit 5,4 Mrd. Euro. Aus der Steuerschätzung vom Mai 2022 sind Steuermehreinnahmen mit 3,2 Mrd. Euro eingeplant – Ende Oktober könnten diese Zahlen anhand der dann stattfindenden Steuerschätzung überholt sein!

Am 06. Oktober erhielten wir vom Land die vorläufigen Orientierungsdaten für das Haushaltsjahr 2023, die in diesen Haushaltsentwurf eingearbeitet sind. Ende Oktober findet die Herbst-Steuerschätzung statt. Die Ergebnisse hieraus werden weitere Aufschlüsse über die Entwicklung geben.

### **Rückblick auf das Haushaltsjahr 2022**

In 2022 haben wir einen Nachtrag beschlossen. Die Haushaltssituation 2022 hat sich durch den Nachtrag nicht grundsätzlich verändert. Eine leichte Verbesserung ist zwar eingetreten, allerdings nur durch äußere Umstände begründet. Das Problem, einen negativen Ergebnishaushalt zu haben, ist nicht erledigt – dies wird sich auch in 2023 fortsetzen.

### **Haushalt 2023**

#### **1. Ergebnishaushalt**

Die Gesamterträge im Ergebnishaushalt liegen bei 160,6 Mio. Euro, die Aufwendungen bei 173,6 Mio. Euro. Das ordentliche Ergebnis beträgt damit beachtliche - 13 Mio. Euro.

Der Aufwand für Abschreibungen ist hier mit 11,6 Mio. Euro enthalten, ebenfalls die Auflösung von Zuschüssen. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen, die als Synonym für den Ressourcenverbrauch stehen, gelingt also auch wieder nicht – wir leben von der Substanz und von guten Entwicklungen aus Vorjahren. Im kameralen System hätten wir eine negative Zuführungsrate von 3,3 Mio. Euro. Wir sind also nicht in der Lage, aus unserer laufenden Tätigkeit Liquidität zu erwirtschaften – ein Alarmsignal, was uns wachrütteln muss und zum Umsteuern verpflichtet. Die Gewerbesteuer kann mit 24,5 Mio. Euro zwar wieder höher veranschlagt werden als 2022, sie ist aber wegen den derzeitigen Entwicklungen mit Risiken behaftet. Der veranschlagte Wert ist angesichts der Größe und den Aufgaben unserer Stadt dauerhaft zu niedrig!

Gleiches gilt für den Einkommensteueranteil, der zwar höher als 2022 veranschlagt wird, aber nur wegen des höheren landesweiten Steueraufkommens und nicht wegen der eigenen Steuerkraft. Zöge man diese als Berechnungsbasis herbei und das Steueraufkommen beim Land wäre gleich geblieben, hätten wir 20,3 %, also 1/5 seit dem Jahr 2000 verloren! Trotz dieser schlechten Werte schlagen wir keine Grundsteuererhöhung für 2023 wegen den eingangs erwähnten Gründen vor. Sie ist allerdings für 2024 vorgesehen und in der Finanzplanung enthalten.

Wichtigste Erträge sind die Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben. Sie liegen in 2023 bei 72,6 Mio. Euro. Das sind zwar 5,5 Mio. Euro mehr als im Nachtrag 2022, aber immer noch deutlich weniger als in mittelfristigen Finanzplanungen früherer Jahre prognostiziert. Die Gewerbesteuer ist mit 24,5 Mio. Euro veranschlagt. Auch hier hatten wir in der Finanzplanung früherer Jahre schon mit deutlich höheren Ansätzen geplant. Bei der Vergnügungssteuer sind Werte von 1,5 Mio. Euro veranschlagt. Wegen dem Glücksspielstaatsvertrag wird dieses Aufkommen im Finanzplanungszeitraum zurückgehen.

Der Einkommensteueranteil liegt bei knapp 29,5 Mio. Euro, was 3,2 Mio. Euro mehr als der Nachtragswert von 2022 sind. Der Wert vor der Corona-Pandemie ist damit wieder überschritten, allerdings nicht durch eigenes Wirken, sondern Folge des landesweiten Aufkommens, wie vorhin erwähnt. Den Umsatzsteueranteil können wir mit 5,75 Mio. Euro veranschlagen, was 175.000 Euro über dem Wert von 2022 ist.

Bei der Kreisumlage rechnen wir mit dem gleichen Hebesatz wie 2022 von 32,0 % und veranschlagen 28,8 Mio. Euro. Das sind wegen der gestiegenen Steuerkraft 2,7 Mio. Euro mehr als noch 2022. Hintergrund für diese Entwicklung ist der trotz geringeren Schlüsselzahlen beim Einkommensteueranteil vorhandene Anstieg unserer Steuerkraft und die bessere Steuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden, die höhere Umlagezahlungen bei niedrigerem Hebesatz zur Folge hat.

Die Schlüsselzuweisungen liegen bei 30,2 Mio. Euro. Wegen unserer Ertragsschwäche ist wieder eine Sockelgaranziezuweisung von 690.000 Euro enthalten. Insgesamt sind die Schlüsselzuweisungen um 5 Mio. Euro niedriger als 2022, was der höheren Steuerkraft aus dem Jahr 2021 geschuldet ist. In der Finanzplanung haben wir höhere Beträge eingeplant, die mit unseren Investitionen in den bezahlbaren Wohnungsbau korrelieren.

Unsere wichtigste Einnahmeart, die Gewerbesteuer, erholt sich zwar, erreicht noch nicht ein auskömmliches Aufkommen für eine Stadt unserer Größenordnung. Die unterdurchschnittliche Entwicklung beim Einkommensteueranteil und die anderen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich können dies nach wie vor nicht auffangen. Auch haben wir eine strukturelle Schwäche, die ich in diesem Zusammenhang anspreche: der Großteil der Gewerbesteuer wird von wenigen großen Unternehmen gezahlt. Wir sollten uns anstrengen, die Voraussetzungen zu schaffen, um das Aufkommen auf eine breitere Basis zu stellen.

Der Personalaufwand liegt bei beachtlichen 51,1 Mio. Euro, was 3,5 Mio. Euro mehr als 2022 sind, also eine Steigerung von 7,3 %. Haupttreiber sind hier die kommenden Tarifverhandlungen 2022, und Stellenmehrungen in verschiedenen Verwaltungsbereichen. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass hier 1,7 Mio. Euro an verauslagten Personalkosten für Dritte enthalten sind, die wieder erstattet werden. Wären alle Stellenanträge berücksichtigt worden, läge der Wert nochmals um 1 Mio. Euro höher.

Gas- und Strompreiserhöhungen schlagen mit insgesamt 2 Mio. Euro ergebnisbelastend jedes Jahr durch.

Die meisten finanziellen Ressourcen werden im Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport mit einem Nettoressourcenverbrauch von 33 Mio. Euro benötigt, gefolgt vom Baubereich mit 10,9 Mio. Euro und dem Bürgerservice mit 7,1 Mio. Euro. Die Kultur benötigt knapp 6,9 Mio. Euro.

Wie oben dargelegt, schlagen wir angesichts der momentanen Lage und den hohen Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger keine Grundsteuererhöhung vor.

Diese wird allerdings 2024 unumgänglich, sollten nicht wesentliche andere Erträge steigen oder wir entsprechende Einsparungen erreichen. Wir müssen uns alle bewusst sein, dass wir viele freiwillige Aufgaben erfüllen. Dies geschieht auf einem hohen Niveau mit überdurchschnittlichen Standards. Auch bei den Pflichtaufgaben sind unsere Standards überdurchschnittlich. Angesichts der Daten dieses Haushaltsentwurfs müssen wir dringend empfehlen, eine Aufgabenkritik und damit verbundene Ausgabenkürzungen anzugehen. Auch die hohen Standards müssen wir hinterfragen und gegebenenfalls angehen. Es muss erlaubt sein zu hinterfragen, dass wir beispielsweise präventiv sehr gut aufgestellt sind und anderen Trägern hierdurch direkte gesellschaftliche Folgekosten ersparen, unsere Präventionskosten aber dadurch im städtischen Haushalt oftmals ohne direkten finanziellen Ersatz haben. Bevor Steuererhöhungen vorgenommen werden, sind wir gesetzlich dazu verpflichtet, andere Erträge heraufzusetzen. Auch hier haben wir Nachholbedarf, angefangen von günstigen Bibliotheksausweisen bis zu den Eintrittsgeldern im Waldfreibad. Hinterfragen könnte man auch, Gründe und Höhe verschiedener Vereinsförderungen, wenn ähnliche oder auch gleichartige Angebote auch von städtischen Stellen angeboten werden. Unser Vorschlag ist entweder das eine oder das andere. Hierüber müssen wir uns auseinandersetzen. Die Verwaltung ist hierzu bereit.

## **2. Finanzhaushalt**

Wir investieren 54,8 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2023.

Die größten Investitionen sind folgende; manche werden uns auch mehrere Jahre beschäftigen:

- Gebäudesanierung des Rathauses mit 7,45 Mio. Euro
- Grundstückskäufe mit 5,62 Mio. Euro
- Ganztageseinrichtung und Sanierung Grundschulbereich Mittelrainsschule mit 2,16 Mio. Euro
- Neubau des Kinderhauses Mittelrain mit 2 Mio. Euro
- Sanierung bei der Grundschule Großkuchen mit 1,3 Mio. Euro
- Sanierung der Karl-Rau-Halle 2 Mio. Euro
- Baumaßnahmen im Sanierungsgebiet Oststadt mit 3,65 Mio. Euro
- Breitbandausbau in den sog. Weißen Flecken mit 3,8 Mio. Euro
- Stärkung der Städtischen Wohnungsbau GmbH mit 1 Mio. Euro in die Kapitalrücklage
- Grunderwerb und Sanierungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet Hagen mit 1,3 Mio. Euro
- Optimierung der Stickstoffelimination auf der Kläranlage Mergelstetten mit 2 Mio. Euro

Dank des Einstiegs eines privaten Investors, der allein in Heidenheim Investitionen von 48 Mio. Euro in den Breitbandausbau zugesagt hat, können wir hier ca. 2 Mio. Euro herausnehmen. Wir bereiten uns dennoch auf geförderte Breitband-Investitionen nach dem sogenannten „Graue-Flecken-Programm“ vor, falls zugesagte Gebiete doch nicht privat ausgebaut werden sollten, um in diesem Fall keine Förderung zu verlieren. Im Haushalt sind noch 3,8 Mio. Euro für das Gewerbegebiet nördliche Seewiesen und Badenbergsstraße, das Gewerbegebiet in Großkuchen, die Mittlere Gemeinde, Rotensohl und Nietheim eingestellt. Dort stehen wir kurz vor der Ausschreibung der Bauarbeiten.

Insgesamt wird aber deutlich, dass wenn es gelingt, privates Kapital für den Ausbau unserer Infrastruktur zu gewinnen, wir erheblich entlastet werden, auch was den Verwaltungsaufwand angeht.

Insgesamt gehen unsere Investitionen wieder über den Substanzerhalt hinaus. Allein die Bauinvestitionen kommen auf 41,6 Mio. Euro. Hier sind die genannten Investitionen und auch die Restraten für die Baugebiete Reutenen-Süd und Stauferfeld, Mittelfeld und Langgewand sowie das Gewerbegebiet Stäffesleswiesen-Ost in Heidenheim enthalten.

Die größten Beträge gehen mit 11,14 Mio. Euro in die Bildung, Betreuung und Sport, knapp 16,7 Mio. Euro in den Hoch- und Tiefbau mit Kläranlage und Breitband sowie 15,1 Mio. Euro in Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen und den Grunderwerb.

Die Verpflichtungsermächtigungen erreichen einen Wert von 61,4 Mio. Euro; die Investitionen in der Finanzplanung sind also größtenteils bereits vorgegeben.

Die Netto-Kreditaufnahme 2023 liegt bei 12,25 Mio. Euro. Das Umfeld für zusätzliche Darlehensaufnahmen hat sich komplett gedreht. Dass wir die Darlehen für Investitionen in gebührenfinanzierten Aufgabenbereiche verwenden, ist daher der richtige Weg. Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme in 2023 rechnen wir mit einer Zinsbelastung von insgesamt 1,27 Mio. Euro. Die Zeit der Verwahrentgelte für Guthaben ist vorbei.

Die hohe Liquiditätsentnahme von 23,8 Mio. Euro ist daher auch als Folge von noch abzuarbeitenden Investitionen aus 2022 zu sehen. Die liquiden Mittel werden am Jahresende dennoch bei voraussichtlich 52,2 Mio. Euro liegen.

### **3. Mittelfristige Finanzplanung**

2024 bis 2026 sind Baumaßnahmen von insgesamt 94,7 Mio. Euro vorgesehen. Die Abschreibungen steigen im Finanzplanungszeitraum auf knapp 15 Mio. Euro. Das ist auch noch einmal ein Grund, warum wir mittelfristig höhere Erträge brauchen, da sich das negative Gesamtergebnis in 2026 auf stattliche 17,8 Mio. Euro beläuft. Die Gewerbesteuer ist im Finanzplanungszeitraum mit 26 Mio. Euro in 2024 und 2025 eingeplant, 2026 mit 27 Mio. Euro, zu wenig für unser Aufgabenprogramm. Die Erhöhung der Grundsteuer für 2024 und die Aufgaben- und Standardkritik muss daher offen in 2023 diskutiert und beschlossen werden. Wird die Grundsteuererhöhung wieder nicht beschlossen, fehlen weitere 3 Mio. Euro von 2024 bis 2026. Spielräume für Steuersenkungen sehen wir angesichts der momentanen Situation nicht.

Bei den Investitionen konzentrieren wir uns weitgehend auf die begonnenen Maßnahmen und sind nach wie vor hauptsächlich dort aktiv, wo es Fördermittel gibt. Dieses Programm ist noch anspruchsvoll genug, ich nenne die laufenden Sanierungsgebiete mit dem Gebiet der Innenstadt, bei dem auch die Rathaussanierung und das Elmar-Doch-Haus enthalten sind.

Größter Posten in der mittelfristigen Finanzplanung ist die Sanierung der Sammelkläranlage Mergelstetten mit 31 Mio. Euro. Hier erhalten wir nach der Sanierung eine zukunftssichere Sammelkläranlage, in der auch die Stadt Herbrechtingen sowie die Gemeinden Steinheim und Gerstetten entwässern und sich an den Investitionen finanziell mit ca. 1/3 beteiligen.

Die Mittel für den Neubau der DHBW auf dem südlichen WCM-Areal sind weitgehend überwiesen. In 2023 fließen die letzten 341.000 Euro. Im Fall von Kostensteigerungen hat die Stadt allerdings nochmals 1,5 Mio. Euro in 2025 eingeplant, was vertraglich mit dem Land Baden-Württemberg vereinbart ist. Folgeinvestitionen von Dritten im Umfeld sind derzeit auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag gesetzt.

Beim Wohnungsbau werden aus dem Haushalt in 2024 und 2025 nochmals 1,5 Mio. Euro für die städtische Tochter SGWH zur Stärkung der Kapitalrücklage bereitgestellt, um den geförderten Wohnungsbau weiterzubringen. Wir bereiten derzeit zwei größere Projekte vor, für die wir Anträge auf Wohnungsbauförderung stellen wollen.

Um das große Investitionsprogramm leisten zu können und dabei die Liquidität nicht übermäßig zu strapazieren, sind neue Darlehensaufnahmen vorgesehen. Es handelt sich um weitere 26,16 Mio. Euro von 2024 bis 2026 für den gebührenfinanzierten Abwasserbereich. Die Zinsbelastung liegt Ende 2026 bei voraussichtlich 3 Mio. Euro.

Der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2026 erhöht sich durch die neuen Darlehensaufnahmen auf 81 Mio. Euro. In den Vorjahren wurden die Kreditermächtigungen nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, so dass die Aufnahmen im Finanzplanungszeitraum für rentierliche Aufgabenbereiche vertretbar und geboten sind. Die liquiden Mittel werden am Ende des Finanzplanungszeitraums bei knapp 8,7 Mio. Euro liegen.

#### **4. Risiken**

Als Risiko Nummer eins sehen wir die schlechten Konjunkturaussichten mit einer vorausgesagten deutschlandweiten Rezession. Hinzu kommen ungewisse Entwicklungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine mit all seinen Folgen, hohe Inflation, steigende Zinsen und nun merklicher Fachkräftemangel auch in der Kommunalverwaltung. Die Stadt kann keinen „Wumms“ oder „Doppelwumms“, also Schulden für konsumtive Aufwendungen, generieren. Unsere Darlehen sind für Investitionen entsprechend der geltenden Rechtslage bestimmt, wobei die Zinssituation sich innerhalb eines Jahres komplett gedreht hat. Diese Themen sind im Haushalt mit heutigem Wissenstand hinterlegt. Auch Corona ist noch nicht vorbei. Die Gefahr von sozialen Verwerfungen bis hin zu Konflikten bei weiter steigenden Energiepreisen scheint nicht unrealistisch. Auch Vorkehrungen für Notfälle bei der Strom- und Gasversorgung müssen möglicherweise schnell getroffen werden, die bisher allerdings noch nicht bezifferbar sind und im Haushaltsplan noch nicht enthalten sind. Die Verwaltung arbeitet hier an Notfallszenarien.

Die Ampel-Bundesregierung steht vor noch größeren Herausforderungen. Neben den Entlastungspaketen erhoffen wir uns auch eine Entlastung für die Kommunen, um unsere Aufgaben in gewohnter Qualität erfüllen zu können. Wenn die Energiekosten noch weiter steigen und keine entsprechenden Ertragssteigerungen oder Einsparungen einhergehen, sind Aufgabenkürzungen unvermeidbar.

Das Wirtschaftswachstum für Deutschland lag in diesem Frühjahr bei 2,2 % (Quelle: BMWK). Die Gaskrise belastet die deutsche Wirtschaft schwer, so dass die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute 2023 einen Rückgang von 0,4 % vorhersagt. Im Frühjahr war noch ein Wachstum von 3,1 % vorhergesagt, also optimistischer als die Vorhersage der Bundesregierung. Die Inflationsrate in 2023 wird mit 8,8 % prognostiziert.

Die Zinsentwicklung hat sich, wie vorhin erwähnt, komplett gedreht. Wir konnten in der Vergangenheit zu sehr günstigen Konditionen Darlehen aufnehmen – dies wird auf absehbare Zeit nicht mehr möglich sein. Die in diesem Jahr beschlossenen Zinssicherungsinstrumente wie Bausparverträge sind nicht unendlich, aber der richtige Weg angesichts unseres großen Investitionsvolumens. Uns muss allerdings bewusst werden, dass neue Schulden nicht nur zurückgezahlt werden müssen, sondern auch wesentlich teurer geworden sind. Selbst bei Verwendung der Darlehen für kostenrechnende Einrichtungen sind damit steigende Gebührensätze verbunden, die vom Gebührenzahler, also unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie Einwohnerinnen und Einwohnern zu erbringen sind. Deren Einkommensspielräume werden auch geringer, so dass der richtige Mittelweg schwierig zu finden sein wird.

Im Finanzplanungszeitraum haben wir nur maßvolle Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zwischen 1 und 3 % eingerechnet. Geringere Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen kommen daher, dass Unterhaltungsmaßnahmen im Gebäudebestand drastisch gekürzt wurden. Die steigenden Energiepreise könnten uns hier noch weiter einschränken, so dass nur das Wesentliche enthalten ist. Prognosen sind angesichts der hohen Auslastung in der Baubranche und derzeitigen allgemeinen Preissteigerung schwierig.

#### **5. Fazit**

Wir kommen leider von einem Krisenmodus in den anderen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind am Limit ihrer Leistungsfähigkeit.

Das stets beachtete Fundament der soliden Finanzwirtschaft hat uns in dieser Situation sehr geholfen und muss auch in Zukunft Bestand haben, um in Krisenzeiten aus einer starken Grundsituation agieren zu können. Die unzureichende Ertragskraft muss nun wirklich dringend angegangen werden, sonst werden wir erhebliche Probleme bei der Finanzierung künftiger Haushaltsjahre bekommen. Die entsprechenden Kennzahlen sind genannt.

Sinkende Liquidität bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums und Kreditaufnahmen bis zu einem Schuldenstand von 81 Mio. Euro in 2026, verbunden mit 3 Mio. Euro an Zinsen werden uns bevorstehen. Dies alles muss finanziert werden.

Wir müssen davon ausgehen, dass wir von unserer Rechtsaufsichtsbehörde wieder entsprechende Auflagen zur Ertragssteigerung und zu Einsparmaßnahmen erhalten, diese voraussichtlich auch in verschärfter Form als zuletzt im Nachtrag 2022. Wir sind dabei, das Fundament einer geordneten Finanzwirtschaft zu verlassen, wenn wir weiterhin defizitäre Ergebnishaushalte in der Planung zulassen. Die Aufnahme von zusätzlichen freiwilligen, defizitären Aufgaben muss der Vergangenheit angehören. Bestehende defizitäre freiwillige Aufgaben gehören auf den Prüfstand – wir müssen uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Insofern schlägt die Stadtkämmerei ein Programm vor, sich frühzeitig einer Aufgaben- und Standardkritik verbunden mit Ertragssteigerungen zu stellen. Lassen Sie uns angesichts der derzeitigen Lage auch die Chance nutzen, Gewohnheiten zu hinterfragen und auf das Allgemeinwohl zu fokussieren. Eine Stadt ist nicht allzuständig für alle möglichen Themen, sondern kann sie dann zusätzlich neben den Pflichtaufgaben leisten, wenn die Ertragskraft entsprechend hoch ist. Wenn das gelingt, sind wir optimistisch für eine gute Entwicklung der Stadt Heidenheim.

## **6. Dank**

Unser Dank gilt Herrn Oberbürgermeister Salomo, der durch Kompromissbereitschaft bei verschiedenen, wünschenswerten Projekten entscheidend dazu beigetragen hat, Aufwendungen gar nicht erst im Haushaltsentwurf auftauchen zu lassen, mit denen wir ansonsten ein noch höheres laufendes Defizit hätten. Unser Einsatz für das Interkommunale Gewerbegebiet mit Königsbronn und Oberkochen bietet Aussicht auf Erträge nach erfolgten Investitionen. Danke für das Vertrauen in unsere Arbeit und in uns.

Wir danken auch Ihnen, Frau Bürgermeisterin Maiwald, sowie den Kolleginnen und Kollegen Fach- und Geschäftsbereichsleitungen sowie allen Haushaltsbeauftragten für die konstruktive, diesmal wieder anstrengende, aber vertrauens- und respektvolle Zusammenarbeit auch in diesem Jahr, auch wenn es diesmal noch schneller und entschiedener vorging als früher. Respekt für die engagierten Diskussionen und bewahrte Fassung bei manch harten Entscheidungen. Nicht aufgenommene Punkte bleiben in einem neuen Projekt im Blickpunkt und geraten nicht in Vergessenheit. Auch hier werden entsprechend nach Prioritäten die Themen wieder aufgesetzt, sobald eine Finanzierbarkeit eintritt. Das Beste für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger zu erreichen ist nach wie vor unser aller Ziel! Das sollten wir nie vergessen.

Mein Dank gilt diesmal auch denjenigen, die außerhalb der Verwaltung sich um die zahlreichen Flüchtlinge kümmern und ihnen privat Unterkunft gewähren. Wir haben heute höhere Zahlen als 2015/2016. Mit dem Wegfall des Integrationszentrums, auf dessen Gelände wir ein Wohngebiet planen, ist diese Unterstützung von unschätzbarem Wert, da die Stadt an den Rand der Leistungsfähigkeit für die Anschlussunterbringung kommt.

Wie jedes Jahr gilt mein besonderer Dank wieder dem Team von Herrn Edelmann und stellvertretend für alle anderen in seinem Geschäftsbereich Frau Wendland.

Wir empfehlen den eingebrachten Haushalt zur Beschlussfassung.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!